

FAHRPREISERHÖHUNG IN FREIBURG!

Am 3. Dezember 1971 kündigte Bürgermeister Heideß die Notwendigkeit von Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr an. Diese Massnahme in Freiburg ist nur ein Glied einer Kette: in Bochum, Dortmund, Berlin, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe, Stuttgart und Frankfurt wurden die Tarife durchschnittlich um 20-30% erhöht.

Träger des öffentlichen Nahverkehrs sind in Freiburg bislang die Stadtwerke: Eigenbetriebe der Stadt. Sie besitzen das Monopol für Gas, Strom, Wasser ebenso wie für den öffentlichen Nahverkehr (Strassenbahn, Bus). Die Verkehrsbetriebe arbeiten mit einem hohen Defizit (1971: ca. 10 Mio DM), was nur durch den Gewinn der Versorgungsbetriebe gemildert werden konnte. Soll das sich ständig erhöhende Gesamtdefizit ausgeglichen werden, so würden in jedem Fall auch die Preise für Strom, Wasser und Gas erhöht werden. Dies liegt jedoch nicht im Interesse der grossen Stromabnehmer: der Freiburger Unternehmer.

NUR NOCH REFORMEN, DIE NICHTS KOSTEN

Die Tarifierhöhungen für den öfftl. Nahverkehr sind Folge der sich verschlechternden Finanzlage der Bundesländer und Gemeinden, die das Ergebnis der Steueraufkommensverteilung durch den kapitalistischen Staat ist. Während der kapitalistische Staat grosse Bereiche des Reproduktionssektors (Verkehrsmittel, Schulen, Krankenhäuser) an die Länder und Gemeinden delegiert, entzieht er ihnen andererseits Finanzmittel in solcher Höhe, dass sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht mehr in der Lage sind. Es liegt einerseits im Kapitalisteninteresse die Kapitalbesteuerung möglichst niedrig zu halten; andererseits werden in der Situation der derzeitigen Krise alle nicht unmittelbar den Kapitalisten zugute kommenden Haushaltsmittel gekürzt: nach Schiller werden nur noch Reformen durchgeführt, die nichts kosten. Hiervon besonders betroffen sind: Gesundheitssektor, Umweltschutz, und Bildungswesen. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass es den Kommunen nicht mehr möglich ist, das Defizit ihrer Stadtwerke zu decken.

NEIN! ZUR PRIVATISIERUNG DER STADTWERKE

So stehen in Freiburg zwei Massnahmen auf der Tagesordnung: die Privatisierung der Stadtwerke bei gleichzeitiger Trennung von Verkehrs- und Versorgungsbetrieben. Die Stadtwerke sollen in zwei Aktiengesellschaften umgewandelt werden, die wiederum in einer Holding zusammengefasst werden. Dies wird zunächst so aussehen, dass die Stadt die Mehrheit der Anteile in ihrer Hand behält, private Dritte aber als Anteilseigner hinzutreten. Diese privaten Kapitalgeber versprechen sich eine günstige Verzinsung ihres Geldes, v.a. aber wollen sie Einfluss gewinnen auf die Planung der Stadtwerke. Die künftige Versorgungsbetriebe-AG wird also ihre Strompreise für die Kapitalisten niedrig halten können. Dagegen muss die künftige Verkehrsbetriebe-AG, will sie ihr Defizit ausgleichen, die Fahrpreise erhöhen, das Fahrplannetz verdünnen, sowie Rationalisierungsmassnahmen durchführen. Sollte jedoch nach wie vor ein Defizit verbleiben, so ist die Stadt verpflichtet, es zu decken.

Von diesen Massnahmen wird besonders die arbeitende Bevölkerung betroffen: die vielen Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge, die morgens und abends in überfüllten Strassenbahnen und Bussen zum Arbeitsplatz oder nach Hause fahren. Ebenso die vielen Hausfrauen, die auf die öfftl. Verkehrsmittel angewiesen sind, die Schüler, deren Mehrausgaben auf die Eltern zurückfallen, und die Studenten. 1970 hatten die öfftl. Verkehrsmittel immerhin insgesamt über 33 Millionen Fahrgäste!

Diese Preiserhöhung reiht sich ein in eine Fülle von Massnahmen, die allesamt zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung führen, wobei im Zentrum der direkte Angriff auf das Lohnniveau steht: die Durchsetzung des Lohndiktats in den Tarifrunden von Chemie, Metall und öfftl. Dienst bedeuten angesichts der Steigerung der Lebenshaltungskosten um ca. 7% einen Abbau des Reallohns. Zudem wird durch die Steigerung des Arbeitstempos, neue Arbeitsplatzbewertungsmethoden und Rationalisierungen ein direkter Angriff auf die Arbeitskraft jedes einzelnen Arbeiters unternommen, was eine ständige Erhöhung der Arbeitsunfälle und ein Ansteigen der Frühinvalidität zur Folge hat.

Wie sind diese verschärften Angriffe der Kapitalistenklasse und ihres Staates auf die Lage der Arbeiterklasse und der gesamten übrigen werktätigen Bevölkerung zu erklären?

Die Krise des BRD-Kapitals ist Teil der weltweiten Krise des Imperialismus, die sich auch in Ländern wie USA, England und Italien im sinkenden Produktion und steigender Arbeitslosigkeit ausdrückt. Daraus ergibt sich eine erneute Verschärfung des innerimperialistischen Kampfes um Absatzmärkte. Um in diesem Kampf den eigenen Exportvorteil gegenüber den anderen imperialistischen Ländern aufrechterhalten zu können, versucht das westdeutsche Monopolkapital mit allen Mitteln, den Preis der Ware Arbeitskraft zu senken.

In dem Bestreben, ihre Position gegenüber der verschärften Konkurrenz zu halten und auszubauen, ist die westdeutsche Bourgeoisie gezwungen, den sich entfaltenden Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse mit allen Mitteln niederzuhalten. In diesem Rahmen sind die politischen Massnahmen des bürgerlichen Staates wie Konzertierte Aktion, Verabschiedung des BVG, Ausbau des Bundesgrenzschutzes, Militarisierung der Polizei zu sehen.

Gleichzeitig erfordern die wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals seit dem Ende der Rekonstruktionsperiode die direkte Unterordnung von Forschung und Ausbildung unter die Interessen des Kapitals. Die monopolkapitalistische Ausbildungsreform, wie sie sich derzeit in HRG und HGP II niederschlägt, ist der vorläufige Höhepunkt: Kurzstudium, um Ausbildungskosten zu senken, verstärkte politische und soziale Selektion mit NC, Steigerung des Leistungsdrucks, Abbau demokratischer Rechte und Positionen.

Die genannten Massnahmen sind also Ausdruck der krisenhaften Entwicklung des westdeutschen Monopolkapitals. Sie sind Massnahmen, die ökonomisch und politisch den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals entgegenwirken sollen. Der kapitalistische Verwertungsprozess ist aber Teil des kapitalistischen Produktionsprozesses. In der Produktionssphäre sind die Arbeiter als Klasse vereint, von dort aus entwickeln sie den Kampf ihrer Klasse gegen die ökonomischen und politischen Angriffe des Kapitals zum schliesslichen Sturz des ganzen kapitalistischen Systems. Nur von der Produktionssphäre aus können auch Massnahmen im Dienstleistungssektor, wie z.B. die Tarifierhöhungen im öfftl. Nahverkehr, in ihren Ursachen richtig begriffen und bekämpft werden. Der Kampf gegen die Tarifierhöhungen kann also konsequent und erfolgreich nur im Rahmen des Abwehrkampfes geführt werden, denn dies ist der Charakter, den der Klassenkampf auf seiten der Arbeiterklasse derzeit hat.

Für die Studenten, die gegen die monopolkapitalistische Studienreform, aber auch gegen die Tarifierhöhungen, von denen sie betroffen sind, kämpfen, heisst das, dass sie ihren Kampf in den Zusammenhang des Klassenkampfes stellen müssen. Daraufhin ist die Politik der "Bürgerinitiative Roter Punkt" zu überprüfen, zu deren Unterstützung auch studentische Gruppen wie MSB Spartakus und der SHB/ADW-ASTA aufgerufen haben.

Wir werden deshalb in einem weiteren Flugblatt hierauf eingehen.

AKTIONS-RAT DER UNIBASISGRUPPEN (Germanistik, Geschichte, Medizin, Naturwissenschaften, Politologie, Psychologie, Soziologie, Volkswirtschaft)